

ORH-Bericht 2010 TNr. 18

Unterrichtsausfall an Realschulen

Jahresbericht des ORH

Im Schuljahr 2007/2008 sind bei den staatlichen Realschulen 11 % der Unterrichtsstunden nicht planmäßig gehalten worden. Das entspricht hochgerechnet 855.000 Stunden. Davon sind 283.000 Unterrichtsstunden ersatzlos entfallen.

Ein erheblicher Teil des Unterrichtsausfalls könnte durch organisatorische Maßnahmen vermieden werden. Der ORH fordert, im Rahmen der Schulaufsicht dafür zu sorgen, dass weniger Unterricht ausfällt.

Beschluss des Landtags

vom 9. Juni 2011
(Drs. 16/8905 Nr. 2 g)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht, bei den Realschulen durch organisatorische Maßnahmen dafür zu sorgen, dass weniger Unterricht ausfällt. Bei anderen Schularten sind entsprechende Maßnahmen zu prüfen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2011 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 13. Dezember 2011
(V.2 - 5 S 6406 - 5a.119 328)

Das Staatsministerium legt die Ergebnisse der im Schuljahr 2010/11 neu konzipierten Erhebung des Unterrichtsausfalls an allen Schularten dar. Erstmals wären von 152 Schulen neben der bisherigen vierwöchigen Feinerhebung die wichtigsten Kenngrößen zum Unterrichtsausfall ganzjährig gemeldet worden (Groberhebung). Der Wert des ersatzlosen Unterrichtsausfalls der Feinerhebung (2,0 %) habe dabei minimal über dem aktuellen Gesamtwert der Groberhebung (1,9 %) gelegen. Die Umstellung auf die zeitliche Vollerhebung führe damit zu keinem signifikanten Anstieg der Ausfallquoten. Trotzdem hätte sich nach Ansicht des Staatsministeriums die konzeptionelle Umstellung der Erhebung bewährt. Die Groberhebung solle ab 2012 im Bereich der Realschulen und Gymnasien sogar auf alle staatlichen Schulen ausgedehnt werden.

Trotz eines im Verhältnis zu anderen Schularten relativ hohen Anteils an nichtplanmäßig erteilten Lehrerstunden hätten im Bereich der Realschulen über 80 % des nichtplanmäßigen Unterrichts durch

unterrichtsorganisatorische Maßnahmen, Mehrarbeit und der Beschäftigung von Aushilfslehrkräften aufgefangen werden können. Dies unterstreiche die Bemühungen der Schulleitungen. Für Aushilfen und die kostenintensive Mehrarbeit wären im Realschulbereich Mittel im Umfang von ca. 195 Stellenäquivalenten bereitgestellt worden. Dem durch Krankheit (37,6 %) bedingten nichtplanmäßigen Unterricht müsse nach Feststellungen des Staatsministeriums generell schulartübergreifend entgegengewirkt werden. Klassenfahrten/Exkursionen, die Ursache für 25,4 % des nichtplanmäßigen Unterrichts seien, will das Staatsministerium auf der einen Seite weiterhin analysieren und thematisieren, andererseits versucht es die außerschulischen Lernorte zu rechtfertigen. Über die Schulleiterbesprechungen sei die Umsetzung der Dokumentationspflicht für Wahl- und Ergänzungsunterricht sowie für Dienstreisen/-gänge erwirkt worden. Außerdem habe es klargestellt, dass es den Ausfall der sechsten Stunde nicht toleriere.

Bei den anderen Schularten wären die bei den Realschulen festgestellten Probleme vorwiegend in Dienstbesprechungen und Workshops thematisiert worden. Die Schulleitungen seien gehalten, vor Ort ein passgenaues Maßnahmenbündel zur Verringerung von Unterrichtsausfall zu entwickeln. Die Ergebnisse und Entwicklungen will das Staatsministerium im Sinne einer Monitoringstrategie evaluieren. Der Aufbau einer mobilen Reserve an den Realschulen und Gymnasien sei ein Teil dieser Strategie.

Anmerkung des ORH

Der ORH ist der Ansicht, dass die intensive Thematisierung der zu ergreifenden Maßnahmen in den Schulleiterbesprechungen aller Schularten im Schuljahr 2010/11 einen deutlichen Anstieg der Ausfallquoten bei der Vollerhebung verhindert hat.

Der nichtplanmäßig erteilte Unterricht aufgrund von Klassenfahrten und Exkursionen hat sich bei den Realschulen zu den Erhebungen des ORH (17,5 %) nochmals um fast acht Prozentpunkte erhöht (25,4 %). Der ORH sieht weiterhin die Notwendigkeit, bezüglich des Umfangs von Klassenfahrten und Exkursionen einheitliche Standards zu erlassen.

Der ORH weist darauf hin, dass für die gesetzeskonforme Abrechnung der ständig ansteigenden Zahl angeordneter Mehrarbeitsstunden die Einführung einer Ist-Arbeitszeitaufschreibung für Lehrer unerlässlich ist.

Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen Kenntnisnahme.
vom 1. Februar 2012